

Sperrfrist: Montag, 16. November 2015, 20:00 Uhr
- Es gilt das gesprochene Wort. -

1. Einleitung

1.1 Vorbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es wird Sie nicht verwundern, wenn ich Ihnen einleitend mitteile, dass wir in finanzieller Hinsicht ein Rekordjahr vor uns haben. Der Ihnen heute vorgelegte Entwurf hat unter Berücksichtigung der nach Drucklegung eingetretenen Änderungen ein Gesamtvolumen von deutlich über 160 Mio. Euro. Damit übertrifft er alle seine Vorgänger bei Weitem.

Besondere Überraschung kann nicht aufkommen, weil wir im Gemeinderat in den letzten Jahren –im Schwerpunkt 2014 und 2015- nach vielen Diskussionen die erforderlichen Entscheidungen für ein ganzes Paket an Stadtentwicklungsmaßnahmen und anderer Vorhaben getroffen haben. Für einen Großteil der Projekte wurde dabei der Zeithorizont „Landesgartenschau 2018“ vorgegeben.

Nun ist 2016 nicht das Startjahr der Umsetzung –vieles ist schon angegangen, einiges auch schon weiter fortgeschritten-, aber zusammen mit dem Folgejahr 2017 stellt es die Intensivphase der Umsetzung dar. Die Zahlen belegen diese Aussage.

1.2 Rahmenbedingungen

Ein Blick auf die Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen, zeigt, dass weiterhin von einer stabilen gesamtwirtschaftlichen Situation ausgegangen wird. Die aus der Mai-Steuer-schätzung abgeleiteten Orientierungsdaten gehen von moderat steigenden Einnahmen für die kommunalen Haushalte aus.

Allerdings entsprechen diese Zuwächse nicht dem Niveau, das in den letzten Jahren zu den überraschend hohen Ergebnisverbesserungen geführt hat.

Außerdem ist nicht zu verkennen, dass diese Prognosen weit in die Zukunft bis ins Jahr 2019 reichen und damit natürlich Unwägbarkeiten und auch Risiken verbunden sind. Für eine seriöse Haushaltspolitik gilt es, auch nachteilige Veränderungen nicht auszuschließen

.

2. Haushaltsentwurf 2016

Ich komme nun zum Haushaltsentwurf 2016.

Anzumerken ist, dass sich die in den nachfolgenden Ausführungen genannten Zahlen auf den heute vorgelegten Entwurfstand beziehen. Absehbare bzw. sich weiter ergebende Veränderungen werden wir wie gewohnt in einer Änderungsliste zusammenfassen und Ihnen baldmöglichst zukommen lassen.

2.1 Verwaltungshaushalt

Zunächst zum Verwaltungshaushalt.

Das Volumen liegt über 112 Mio. Euro und damit 7,6 Mio. Euro über dem des Vorjahres. Interessant ist auch folgender Vergleich:

Noch 2011 -also vor 5 Jahren- hatten wir ein Volumen von knapp 80 Mio. Euro.

Bei den eigenen Steuern also Gewerbe-, Grund- und Vergnügungssteuer, legen wir um rd. 3,2 Mio. Euro zu und weisen ein Gesamtaufkommen 31,3 Mio. Euro aus.

Bei der Gewerbesteuer nehmen wir den für unsere Verhältnisse aktuell guten Stand auf und erhöhen den Ansatz durchgängig bis 2019 auf 23 Mio. Euro.

Damit ist die Erwartung verknüpft, dass auch unsere ansässigen Unternehmen sich im Rahmen der allgemein erwarteten Wirtschaftsentwicklung bewegen können.

Die Einnahmen aus der Einkommensteuerbeteiligung und den Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich legen um 2,4 Mio. Euro auf über 44 Mio. Euro zu. Auf der Ausgabenseite steigen die Personalkosten erneut an und belaufen sich auf knapp 29,4 Mio. Euro. Die Auswirkungen der heute noch zu entscheidenden Stellenplanänderungen sind hierin nicht enthalten. Aufgrund des stark gestiegenen Gesamtvolumens des Verwaltungshaushaltes reduziert sich der Anteil der Personalkosten im Vorjahresvergleich von 27,12 % auf 26,22 %, wohl-gemerkt noch ohne die angesprochenen Änderungen.

Trotz der deutlichen Zunahme der Personalkosten in der jüngeren Vergangenheit kann festgehalten werden, dass es bei uns in Lahr keine Sonderentwicklung gibt. Nach den Feststellungen unserer Prüfungsinstanzen lagen wir in unserer Größenklasse einwohnerbezogen in den letzten Jahren unter dem Landes-durchschnitt.

In dem heute vorliegenden Schlussbericht des Prüfungsamtes sind die Werte für 2013 dargestellt. Danach beliefen sich die Personalausgaben in Lahr auf 559,71 Euro je Einwohner, der Landesdurchschnitt betrug 587,00 Euro je Einwohner. Diese Zahlen zeigen, dass der Personalbedarf in den Städten insgesamt zugenommen hat. Steigende Anforderungen, z.B. durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und tarifliche Erhöhungen treffen alle.

Ich stelle zufrieden fest, dass wir uns in unserer speziellen Situation noch in diesem Rahmen bewegen. Dabei denke ich an die seit vielen Jahren stattfindenden personalintensiven Integrationsbemühungen und die daraus resultierenden Personalausgaben, oder aktuell an die besonderen Herausforderungen der Landesgartenschau und dem damit verbundenen Investitionsprogramm. Auch die Mehrbedarfe im Bereich der Sicherheit und Ordnung zähle ich dazu.

Allerdings gilt unverändert weiter, dass wir die Personalkostenentwicklung im Auge behalten müssen. Vor allem sehe ich den Ansatz darin –und damit wiederhole ich eine Aussage aus früheren Haushaltsreden-, dass wir uns kritisch und restriktiv mit den Aufgaben vor allem im freiwilligen Bereich auseinandersetzen.

Die übrigen Ausgabepositionen des Verwaltungshaushaltes möchte ich nur kurz skizzieren.

Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand erhöht sich um 2,1 Mio. Euro auf 27,4 Mio. Euro. Hier spielt neben den allgemeinen Kostensteigerungen vor allem die aufgrund steigender Anforderungen notwendige Erhöhung des Bauunterhaltungsaufwands eine Rolle.

Bei der laufenden Förderung von Kindertagesstätten der freien- und kirchlichen Träger ergibt sich ein Anstieg von rd. 360.000 Euro auf 6,9 Mio. Euro.

Aufgrund der gestiegenen Steuerkraft erhöhen sich die daraus errechneten und abzuführenden Umlagen, also Gewerbesteuer-, Finanzausgleichs- und Kreisumlage, um rd. 1,5 Mio. Euro auf 32,3 Mio. Euro.

Als Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt sind über 9,7 Mio Euro veranschlagt. Unter Berücksichtigung der Tilgungen von 2,1 Mio. Euro ergibt sich eine Netto-Investitionsrate von 7,6 Mio Euro. Das ist der höchste Wert, den wir bisher in der Planungsphase ausweisen können.

2.2. Vermögenshaushalt

Ich komme zum Vermögenshaushalt:

Er hat ein Volumen von annähernd 48 Mio. Euro. Das ist ein weiterer Höchstwert in unserer Historie.

Für bauliche Investitionen sind insgesamt 38 Mio. Euro bereit gestellt.

Davon entfallen auf die Maßnahmen nach dem Kosten- und Rahmenplan für die Landesgartenschau 14 Mio. Euro.

Zu diesem Kernbereich der Landesgartenschau zählen die Parkanlagen im Seepark und Bürgerpark, der See, der Kleingartenpark sowie die Brücke und das Haus am See.

Für die Maßnahmen des „Zukunftsinvestitionsprogramms 2019“ –also Sporthalle, Sportfreianlagen, Kindertagesstätte und museale Betreuungsräume- sind 10,7 Mio. Euro veranschlagt. Beide Maßnahmenblöcke werden von der Landesgartenschau GmbH ausgeführt. Die entsprechenden Ausgabemittel sind daher mit einer Summe von 24,7 Mio. Euro als Zuführung an die Gesellschaft ausgewiesen.

Für die Sanierung des Kanadarings stehen insgesamt rd. 5,9 Mio. Euro zur Verfügung, denen Zuschüsse von ca. 3,6 Mio. Euro gegenüber stehen. Per Saldo sind damit im kommenden Jahr knapp 2,3 Mio. Euro aus eigenen Mitteln zu finanzieren für diese umfassende Modernisierung des überwiegend im Eigentum der städtischen Wohnungsbaugesellschaft stehenden Quartiers.

Der Schulbereich ist ein weiteres Mal stark vertreten.

Für den im Zuge der Erweiterung zur Ganztageschule erforderlichen Um- und Neubau der Otto-Hahn-Realschule stehen als letzte größere Baurate 1,3 Mio. Euro zur Verfügung. Nach Abschluss der Hochbaumaßnahmen soll die Umgestaltung der Außenanlage mit Schulhof angegangen werden. Hierfür ist als 1. Rate ein Betrag von 300.000 Euro vorgesehen. Bis 2019 wird eine weitere Million Euro bereit zu stellen sein.

Im Zuge der Umwandlung der Friedrichschule zur Gemeinschaftsschule sind erhebliche bauliche Veränderungen erforderlich. Als Planungsrate für diese weitere Großmaßnahme an unseren Schulen sind 250.000 Euro veranschlagt. Sollte ein 3-zügiger Ausbau notwendig werden, ist mit Kosten von 4,5 Mio. Euro zu rechnen.

Nach den Erhebungen unserer Sozialverwaltung wächst der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen weiter stark an. Vor allem im Osten der Kernstadt ist es notwendig, eine größere Einrichtung mit Hortangebot neu zu schaffen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 6,1 Mio. Euro, davon sind 2016 1,5 Mio. Euro bereit zu stellen.

Alternativ wird derzeit geprüft, die Einrichtung in einem Mietmodell ähnlich dem der „Arche Noah“ in Dinglingen zu realisieren. Sollten entsprechende Verhandlungen im kommenden Jahr zu einem positiven Ergebnis führen, könnten die Mittel für eine Eigenrealisierung entfallen.

Im Rahmen der Stadtsanierungsmaßnahme „Nördliche Altstadt“ sind für die Einrichtung eines stadthistorischen Museums in der ehemaligen Tonofenfabrik 2,3 Mio. Euro eingestellt. Von der erwarteten Gesamtförderung von über 1,7 Mio. Euro sollen im Planjahr 900.000 Euro eingehen.

Der angrenzende Wehrturmplatz soll ebenfalls umgestaltet werden. Zur Durchführung eines Wettbewerbs sind 100.000 Euro veranschlagt.

Im Weiteren soll in diesem Bereich die Kreuzstraße ausgebaut werden. Von den erforderlichen 700.000 Euro sind 2016 300.000 Euro eingeplant.

Die im Zusammenhang mit der Schaffung einer Senioreneinrichtung vorgesehene Neugestaltung des Kleinfeldparks in Dinglingen wird voraussichtlich 1,2 Mio. Euro kosten. Für das kommende Jahr ist ein Teilbetrag von 500.000 Euro bereitgestellt.

Das ist ein zusätzlicher Baustein, der die Lebensqualität im Lahrer Westen weiter erhöht.

Die Umgestaltung des Bahnhofplatzes erscheint im Haushaltsplan mit 1,0 Mio. Euro. Für 2017 sind weitere 440.000 Euro vorgesehen. Die Einrichtung eines neuen Zentralen Omnibusbahnhofs ist als Hochbaumaßnahme des ÖPNV im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bäderversorgung und Verkehr mit 875.000 Euro veranschlagt. Für die in der Zuständigkeit der Deutschen Bahn stehende Modernisierung des Lahrer Bahnhofs ist eine Mitfinanzierung der Stadt in Höhe von 1,0 Mio. Euro vorgesehen.

Als 1. Rate sind im kommenden Jahr 300.000 Euro vorgesehen. Die weiteren Zahlungen sollen 2017 und 2018 im Zuge der Umsetzung geleistet werden.

Seit Jahrzehnten ist die Stadt mit der DB im Gespräch, um den Bahnhof zu modernisieren. Dies rückt erst durch die Landesgartenschau sowie die städtische Mitfinanzierung in den Bereich des Möglichen.

Wobei die Mitfinanzierung eines Bahnhofs durch eine Stadt nur eine Notmaßnahme darstellt. Konsequenterweise weiter gedacht, darf es nicht so sein, dass eine Kostenbeteiligung dazu führt, dass die Höhe der Kostenbeteiligung wirkt, als könne man sich dadurch ein Projekt kaufen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte an dieser Stelle die Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen 2016 beenden. Es gäbe sicherlich weitere, durchaus erwähnenswerte Projekte. Ich denke aber, die Aufzählung macht hinreichend deutlich, dass wir ein außergewöhnlich großes Programm aufgelegt haben, dessen Umsetzung uns sowohl in finanzieller Hinsicht als auch mit Blick auf die personellen Kapazitäten der Verwaltung alles abverlangen wird.

Lassen Sie mich noch einen Blick werfen auf die Finanzierung dieses Vermögenshaushaltes, die -wie die Ausgabenseite auch- außergewöhnlich ist.

Schon erwähnt habe ich die Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 9,7 Mio. Euro. Mit einer Netto-Investitionsrate von knapp 7,6 Mio. Euro leisten wir einen beachtlichen Beitrag aus dem Überschuss des laufenden Haushaltes.

Aus der Rücklage können wir 18,3 Mio. Euro entnehmen. Damit ist dieses „Sparbuch“, das wir Dank einer umsichtigen und nachhaltigen Finanzpolitik anlegen konnten, allerdings aufgebraucht. Weitere Zugriffe sind nicht mehr möglich, da ein gesetzlicher Mindestbestand vorhanden sein muss und Bestandteile wie z.B. die Beträge für das Rahmenkonto Ostareal gebunden sind.

Die Abrechnung des Baugebietes Hosenmatten II, hier ist der 1. Bauabschnitt angesprochen, steuert einen Finanzierungsanteil von 1,5 Mio. Euro bei. Die städtischen Grundstücke sind weitgehend veräußert, es ergibt sich ein deutlicher Überschuss. Die Verwaltung wird in Kürze mit dem Vorschlag an den Gemeinderat herantreten, aufgrund der regen Nachfrage den 2. Bauabschnitt anzugehen.

Das Gesamtaufkommen an Investitionsfördermitteln, die wir von Bund, Land und anderen Dritten erwarten können, liegt bei über 8,8 Mio. Euro. Auch das ist ein Höchstwert. Natürlich korrespondiert dieser Betrag mit den hohen Investitionsvolumen.

Wir dürfen aber auch davon ausgehen, dass wir als Landesgartenschaustadt besondere Aufmerksamkeit finden, vor allem bei den Vertretern des Landes.

Eine Position möchte ich hervorheben. Aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz wurden uns Fördermittel von knapp 2,6 Mio. Euro in Aussicht gestellt. Davon sind 2016 600.000 Euro als Einnahme noch ohne Zuordnung zu bestimmten Maßnahmen veranschlagt. Bis Ende Januar müssen wir dem Regierungspräsidium den vorgesehenen Verwendungszweck mitteilen. Auch zu diesem Thema werden wir in Kürze auf Sie zukommen.

Als weiterer Finanzierungsbestandteil sollen die bei den Eigenbetrieben Bau- und Gartenbetrieb und Abwasserbeseitigung bestehenden gemeindlichen Darlehen im Gesamtbetrag von ca. 6,8 Mio. Euro zurückgeführt werden. Die Eigenbetriebe müssen dann entsprechende Darlehen am Kreditmarkt aufnehmen. Aus Sicht des Haushaltes werden künftig die bislang vereinnahmten Zinsen entfallen.

An letzter Stelle –so ist auch die gesetzliche Vorgabe- steht die Kreditaufnahme. Ausgewiesen ist ein Betrag von 1,9 Mio. Euro, der sich gemessen am Investitionsvolumen eher bescheiden ausnimmt.

3. Mittelfristige Finanzplanung

Allerdings wird sich das ändern und damit möchte ich überleiten zur mittelfristigen Finanzplanung.

In dieser bis 2019 reichenden Vorschau in der heute vorgelegten Version ist ein zusätzlicher Kreditbedarf, also eine Neuverschuldung von über 24,0 Mio. Euro ausgewiesen. Darin enthalten sind die nach einer ersten groben Auswertung der Orientierungsdaten aus der November-Steuerschätzung zu erwartenden Mehreinnahmen von 1,6 Mio. Euro. Noch nicht konkret absehbar, aber durchaus möglich könnte sich aus dem Abschluss des laufenden Jahres eine höhere als die im Halbjahresbericht geschätzte Verbesserung ergeben.

Dennoch ist festzuhalten, dass wir im Vergleich zur letztjährigen Planung einen weiteren Anstieg der Neuverschuldung ausweisen müssen.

Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, ein weiteres Großprojekt, zu dem sich die Dorfmitte im Stadtteil Kuhbach auch durch die Diskussion zum Feuerwehrstandort ja mittlerweile entwickelt hat, vorbehaltlos zur vollständigen Umsetzung im Finanzplanungszeitraum mitzutragen. Hier sollten die Überlegungen fortgeführt werden, mit dem Ziel, durch eine Änderung in der Reihenfolge der einzelnen Entwicklungsstufen schrittweise voranzukommen.

Der Meinungsbildungsprozess in Kuhbach zu den einzelnen Projektteilen zeigt, wie groß und gleichzeitig komplex und schwierig das Gesamtprojekt ist.

Einen Zusammenhang zur Landesgartenschau, sowie er hergestellt wurde, sehe ich nicht. Es war schon immer meine Aussage, dass wir wegen der Landesgartenschau die allgemeine Stadtentwicklung nicht vernachlässigen wollen. Diese Aussage galt und gilt auch und insbesondere für die Stadtteile. Nach meiner Überzeugung haben wir dies bislang auch so umgesetzt. Allerdings hat das zu keiner Zeit bedeutet, dass alle Wünsche umgehend befriedigt werden können.

Zurück zur Neuverschuldung:

Wir müssen uns –ich erinnere an die Ausführungen in der letzten Haushaltsrede- eingehend mit der Thematik auseinandersetzen. Das beschlossene Finanzierungs- und Entschuldungskonzept kann nur Bestandteil der Überlegungen sein. Wir werden weitergehend eine intensive Diskussion über mögliche Handlungsansätze führen müssen. Dies wird Thema sein, in der Sitzung der Lenkungsgruppe „Haushaltsstruktur“ am kommenden Mittwoch. Im Weiteren soll dazu nächste Woche ein Gespräch beim Regierungspräsidium Freiburg geführt werden.

5. Schluss

Meine Damen und Herren,
ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen einen guten Verlauf der Haushaltsberatungen.